

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die SPD-Fraktion freut sich sehr, dass unser Kandidat Joachim Gauck nun Bundespräsident wird. Der Schwenk von Merkel und Rösler zu Gauck zeigt nicht nur die innere Zerrissenheit dieser Koalition, sondern zeigt auch, dass wir schon 2010 den richtigen Kandidaten hatten. Die Erosion von Schwarz-Gelb dagegen dürfte nach dieser Posse und den peinlichen Einlassungen von Philipp Rösler über seinen Konflikt mit Merkel weiter voranschreiten. Frank-Walter Steinmeier brachte es auf den Punkt: „Merkels Autorität ist schwer beschädigt“. Wir freuen uns nun auf die Bundesversammlung am 18 März, bei der der Mann gewählt wird, der schon vor zwei Jahren hätte Präsident werden sollen – die Diskreditierung des Amtes und der gesamten Politik wie bei Christian Wulff wären dem Land dann erspart geblieben.

Im Plenum stand in dieser Woche das zweite Hilfspaket für Griechenland auf dem Programm. Wir haben uns die Entscheidung, mit Ja zu stimmen wirklich nicht leicht gemacht. Aber eine Sofortpleite der Hellenen wäre mit Blick auf Portugal und Spanien unkalkulierbar. Uns ist aber wichtig, dass das Land nicht kaputtgespart wird, sondern dass vernünftige Wachstumsimpulse gesetzt werden – die Ärmern in Griechenland leben am Rande einer Katastrophe.

Die Resonanz war enorm: Mehr als 400 Gäste aus Industrie, Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften folgten am Mittwoch der Einladung zum ersten Wirtschaftsempfang der Fraktion. Offenbar rechne „der ein oder andere damit, wieder mit uns rechnen zu müssen“, sagte Frank-Walter Steinmeier zur Begrüßung im überfüllten Fraktionssaal der SPD im Reichstagsgebäude. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg.

Ein wichtiges Thema dieser Woche war für uns der Demografiewandel. Denn die Veränderungen der Bevölkerungszahl sind eine echte Herausforderung. Wir haben eine Große Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Darin fragen wir nach einem Handlungskonzept für diese Problematik. Heraus kam allerdings wenig.

In erster Lesung wurde unser Gesetzentwurf für die Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung beraten. Damit sollen Volksvertreter im Bund, den Ländern oder in Gemeinden, die in der Wahrnehmung ihres Mandats für ein bestimmtes Verhalten einen Vorteil fordern oder annehmen, künftig härter bestraft werden. Bisher ist lediglich ein Stimmenverkauf strafbar. Union und FDP lehnen den Entwurf – welche Überraschung – ab. Seit 2003 gibt es eine UN-Konvention gegen Korruption, die die meisten Staaten mittragen; wir aber haben sie noch nicht ratifiziert – so wie etwa der Sudan und Somalia.

Mit herzlichen Grüßen

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, DR. ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,
JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 02.03.2012 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	TOP-THEMA: Debatte um Hilfspaket II für Griechenland	08	Regierung ist konzeptlos bei demografischem Wandel
04	Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion	10	Einigung für neue Regeln zur Organspende
05	Aktuelle Stunde: Axt an der Solarbranche	10	Endlagersuchgesetz: Entwurf ist untragbar
06	Abgeordnetenbestechung bekämpfen	11	Menschenrechte im Tourismus schützen
07	Gauck in der Fraktionssitzung	12	Ausschreibungen von Dienstleistungskonzessionen verhindern
08	Rentenversicherung an demografischen Wandel anpassen	14	Polizei in Friedensmissionen stärken

HAUSHALT

„Was Sie machen ist immer zu wenig, zu spät und zu ungefähr!“ Steinbrück demaskiert Kanzlerin

Der Bundestag hat am vergangenen Montag das zweite Hilfspaket für Griechenland beschlossen. Es umfasst insgesamt rund 155 Millionen Euro und setzt sich zusammen aus 130 Milliarden Euro (Paket II) und knapp 25 Milliarden Euro (noch aus Paket I).

Die SPD-Fraktion hat mit großer Mehrheit für das Paket gestimmt, in der schwarz-gelben Koalition gab es dagegen eine hohe Zahl an Abweichlern, die gegen die Hilfen stimmten. Zum ersten Mal hat die Kanzlerin damit die so genannte Kanzlermehrheit verfehlt – ein weiteres Indiz, dass die Koalition zerfasert und von Misstrauen durchzogen ist. Erstmals bekommt das nun auch Angela Merkel drastisch zu spüren.

Thomas Oppermann, Geschäftsführer der SPD-Fraktion, konstatierte. „Die Kanzlerin hat in einer der zentralen Abstimmungen dieser Legislaturperiode keine Kanzlermehrheit mehr und ist damit politisch gescheitert. Das ist der Beginn der Kanzlerdämmerung. Die Bundeskanzlerin bekommt diese Krise seit zwei Jahren nicht in den Griff. Heute hat Frau Merkel von den eigenen Leuten die Quittung dafür bekommen.“

In der Aussprache nach der Regierungserklärung Merkels sagte Peer Steinbrück, ehemaliger Bundesfinanzminister, dass Merkel ihrer Aufgabe nicht nachgekommen sei, sich inhaltlich zu den Einlassungen ihres Innenministers Friedrich (CSU) zu äußern, der Griechenland den Austritt aus der Euro-Zone nahegelegt hatte.

Auf dünnem Eis

Zu der Regierungspolitik der Kanzlerin bemerkte Steinbrück: „Dieses Hilfspaket ist auf dünnes Eis gesetzt, vieles steht noch nicht fest“. Dazu zählte er auch die künftigen Entscheidungen der Troika und das Sondergremium des Bundestages zu Abstimmung über EMS- und EFSF-Maßnahmen. Dieses Gremium wurde nun in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt.

Steinbrück prophezeite der Bundesregierung ein drittes Hilfspaket für 2014. Denn das Land könne sich auch dann noch kein eigenes Geld auf dem Kapitalmarkt beschaffen. „Das hat

offenbar nur Herr Schäuble erkannt“, sagte Steinbrück. Er erklärte: „Die Strategie der Regierung, immer nur Zeit zu kaufen, ist gescheitert. Sie hatten zwei Jahre Zeit. Aber was Sie machen ist immer zu wenig, zu spät und zu ungefähr“. Er forderte die Kanzlerin auf, den Menschen die Wahrheit über die Rettungsschirme ESM und EFSF zu sagen, nämlich dass weitere Aufstockungen wohl unausweichlich seien. Zudem solle sie zugeben, dass durch die EZB-Politik das Haftungsrisiko für alle steige. Doch Merkels raison d'être ihrer EU-Politik sei immer nur innenpolitisch bzw. koalitionspolitisch motiviert gewesen.

Laut Steinbrück hat der Groll der Menschen zugenommen gegenüber der Politik, aber auch die Zerrbilder würden schlimmer; da sei das Bild des faulen Griechen auf der einen und das Bild des hässlichen Deutschen auf der anderen Seite.

„Es geht um das ganze Europa“

Peer Steinbrück erklärte, die SPD-Fraktion stimme dem Griechenland-Paket zu aus Verantwortung für Europa, aus wirtschaftlichen Gründen für Deutschland. Steinbrück: „Es geht um das ganze Europa“. Dies bedeute aber keine Zustimmung zum Grundkurs der schwarz-gelben Koalition.

In einem Entschließungsantrag zur Regierungserklärung von Angela Merkel fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung u. a. auf,

- sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut wird. Hierzu bedarf es neben den Spar- auch Wachstumsprogramme für die überschuldeten Mitgliedstaaten.
- sich für ein wirtschaftliches Aufbauprogramm für die notleidenden Staaten einzusetzen, das auf einer Analyse der jeweiligen Chancen vor Ort beruht. Dieses kann beispielsweise durch die Besteuerung von Spekulationen an den Finanzmärkten durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer finanziert werden;
- sich für eine europaweit koordinierte, zukunftsorientierte Industriepolitik einzusetzen. Die Stärkung der industriellen Basis unseres Kontinents, einhergehend mit einer Initiative für grünes Wachstum ist der Schlüssel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Europas;
- sich für ein sozial ausgewogenes Vorgehen einzusetzen, denn der Erfolg des europäischen Wirtschaftsmodells basiert auf der Verknüpfung von Wachstum, Solidarität und sozialer Sicherheit. Die Konsolidierung der Haushalte darf nicht alleine mittels rigider Sparvorgaben sowie massiver Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen erfolgen, denn diese gefährden den sozialen Zusammenhalt und damit den Erfolg von Reformprogrammen und Strukturreformen;
- sich insbesondere für konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen.

VERANSTALTUNG

Großer Andrang beim Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion

Die Resonanz war enorm: Mehr als 400 Gäste aus Industrie, Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften folgten am Mittwoch der Einladung zum ersten Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion. Offenbar rechne „der ein oder andere damit, wieder mit uns rechnen zu müssen“, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier zur Begrüßung im überfüllten Fraktionssaal der SPD im Reichstagsgebäude.

Die Fraktion hat mit dem Wirtschaftsempfang eine Gelegenheit geschaffen, ihre wirtschafts- und industriepolitischen Überlegungen vorzustellen und zu diskutieren. „Wir wollen den Diskurs über die Gestaltung aktiver Wirtschaftspolitik voranbringen, damit Deutschland erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleibt,“ betonten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Garrelt Duin.

Neben der Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier stand eine Key Note Speech des Vorsitzenden der ThyssenKrupp AG, Heinrich Hiesinger, auf dem Programm.

„Wertschöpfung muss Vorrang haben vor Wertabschöpfung“

Steinmeier betonte in seiner Rede, notwendig sei ein nüchterner Blick nach vorn und die Vergewisserung darüber, worauf wir bauen können. Im schwierigsten europäischen Umfeld sei die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr um 3 Prozent gewachsen, die Arbeitslosigkeit gesunken.

„Warum ist das so?“, fragte Steinmeier. „Weil wir entgegen aller Moden an industrieller Produktion festgehalten und damit hochwertige Arbeitsplätze erhalten haben“, so der SPD-Fraktionschef. Er erinnerte daran, dass andere europäische Länder in den vergangenen Jahren einseitig auf die Finanzwirtschaft gesetzt hätten. Die dürfe aber nicht zum Selbstzweck werden, sondern müsse eine dienende Funktion haben: „Die Wertschöpfung muss Vorrang haben vor der Wertabschöpfung durch die Finanzmärkte“, sagte Steinmeier. „Und da sind wir weltweit in ein gefährliches Ungleichgewicht gekommen, das wir korrigieren müssen.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb ein industriepolitisches Programm beschlossen, das die Bedeutung von Innovation und realer Wertschöpfung anerkennt. Ziel ist es, die Standortbedingungen für die Industrie in Deutschland zu verbessern. „Wir zeigen in dem Papier auf, welche Schwerpunkte wir bei dem Ausbau der Infrastruktur setzen wollen. Und wir zeigen darin, wie wir den Ausbau eines intelligenten Energienetzes schaffen wollen, das auf den Ausbau erneuerbarer Energien hin angelegt ist,“ so Steinmeier.

„Es kann Deutschland nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht!“

Zudem sprach sich der SPD-Fraktionsvorsitzende für mehr Wachstumsimpulse in anderen europäischen Ländern aus. 60% der deutschen Exporte gehen in die europäische Nachbarschaft. Damit liege auf der Hand: „Wenn die Menschen in Frankreich, Spanien und Italien nicht mehr einkaufen gehen, wenn spanische und französische Unternehmen keine Maschinen mehr bestellen, Portugal, Polen oder Griechenland keine Straßen und Flughäfen mehr bauen, dann gehen uns allen die Aufträge und die Arbeit aus.“

Nicht sparen oder investieren, sondern sparen und investieren müsse der Weg sein, konstatierte Steinmeier. „Intelligente Konsolidierung der Euro-Staaten, das heißt Einsparungen dort, wo Verschwendung grassiert, aber auch mehr Investitionen dort, wo das Wachstum der Zukunft entsteht.“

Er forderte, die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion auszubauen. Hierzu bedürfe es neben den Spar- auch Wachstumsprogramme für die überschuldeten Mitgliedstaaten.

Ein solches Wachstumsprogramm müsse einhergehen mit einer europaweit koordinierten, zukunftsorientierten Industriepolitik. Die Stärkung der industriellen Basis unseres Kontinents sei der Schlüssel für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Europas.

Frank-Walter Steinmeier wertete die Veranstaltung als vollen Erfolg: „Wenn Sie aus der einen oder anderen Begegnung den Eindruck mitnehmen: Bei der SPD wird über Deutschlands Zukunft nachgedacht, dann hat sich unser Empfang gelohnt.“

AKTUELLE STUNDE

Rösler und Röttgen legen Axt an Solarbranche an

In ihrer Kabinettsitzung am 29. Februar 2012 hat die Bundesregierung den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Rösler (FDP) und Bundesumweltminister Röttgen (CDU) zur Kürzung der Förderung für Solarstrom und der Verwässerung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz zugestimmt. Nach monatelangem Hin und Her zwischen Rösler und Röttgen hatten sich beide Minister am 23. Februar darauf geeinigt, die Axt an die Solarförderung zu legen und bei der Energieeffizienz auf klare Ziele und die Benennung der Verantwortlichen zu verzichten. Die ideologische Handschrift Röslers ist dabei mehr als deutlich.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann warf der Regierung vor, „nur Chaos und Planungsunsicherheit“ zu stiften. Dies habe eine „verheerende Wirkung für Investoren“. Kritik an der Einigung der schwarz-gelben Minister üben nicht nur die Oppositionsfraktionen, die Solarbranche und das Handwerk, sondern auch CDU-regierte Bundesländer im Osten Deutschlands.

Bereits in der letzten Sitzungswoche hatte es eine Aktuelle Stunde zum Versagen der schwarz-gelben Bundesregierung bei der dringend notwendigen Energiewende gegeben. Die massiven Kürzungen beim Solarstrom und die Fehlentscheidung bei der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz führten zu einer weiteren Aktuellen Stunde von SPD und Grünen am 29. Februar.

Showeffekte von Rösler und Röttgen sollen Kuhhandel vernebeln

Rösler und Röttgen hätten wieder mal mehr auf den Showeffekt bei der Präsentation ihrer Einigung gesetzt, um zu verschleiern, welchen „Kuhhandel“ sie eingegangen sind, warf ihnen der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rolf Hempelmann vor. In einem radikalen Einmalschritt wollen Rösler und Röttgen die Vergütung für die Einspeisung von Solarenergie ins Stromnetz kürzen. Darauf sollen monatliche Vergütungskürzungen um weitere 0,15 Cent folgen und ab 2013 sollen nur noch 85 Prozent des Stroms vergütet werden. Letzteres verkaufen Rösler und Röttgen als Marktintegrationsmodell.

Im Dezember 2011 war es zu einem enormen Aufwuchs in der Fotovoltaik, gekommen, weil schwarz-gelb massiven Kürzungen oder gar dem Ausstieg aus der Solarstromförderung das Wort redeten. Doch genau diesen von ihnen selbst veranlassten Aufwuchs zieht Schwarz-Gelb jetzt heran, um radikale Kürzungen zu begründen.

Auch die SPD-Fraktion habe die Entwicklung bei der Förderung immer im Blick, und sie habe konstruktive Vorschläge gemacht, wie die Förderung in vernünftigen Schritten abgesenkt werden könnte, sagte Rolf Hempelmann.

Und auch die Solar-Branche selbst sei für Veränderungen offen, erklärte der stellvertretende energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dirk Becker. Doch Rösler und Röttgen hätten die Branche und auch Investoren verunsichert, weil sie keine verlässlichen Rahmenbedingungen schaffen. Damit würden sie neben dem Ausbau der Solarenergie auch neue Arbeitsplätze vor allem im Osten Deutschlands gefährden.

Schwarz-Gelb riskiert gute Arbeitsplätze

Die Solar-Branche ist mit 12.500 Beschäftigten im Solar-Vale in Mitteldeutschland die zweitwichtigste Branche in den ostdeutschen Ländern. Waltraut Wolff, SPD-Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt, hat mit den Betriebsräten vor Ort gesprochen. Sie stellte klar, dass die Menschen dort sehen, dass Schwarz-Gelb den Kahlschlag gegen die Branche führt. Weil der Ausbau der Fotovoltaik gebremst und damit gute Arbeitsplätze riskiert würden.

Dirk Becker kritisierte scharf, dass Rösler und Röttgen künftig weitere Kürzungen mit Hilfe einer Verordnungsermächtigung am Parlament und den Bundesländern vorbei beschließen wollen. Diese Kürzungen seien dann auch nicht mehr beschränkt auf den Solarstrom, sondern würden auch Windenergie und andere Technologien betreffen. So seien der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energiewende nicht zu schaffen.

Regierung fehlt Gesamtkonzept zur Energieeffizienz

Möglichkeiten zu entwickeln, um Erneuerbare Energien zu speichern, treibt Schwarz-Gelb wenig voran. Ebenso steht es um die Energieeffizienz, die Röttgen und Rösler nur als Überschrift gebrauchen, aber nicht mit Maßnahmen unterlegen. So habe die EU-Energieeffizienzrichtlinie klare Einsparziele und die dafür zuständigen Akteure genannt, die Schwarz-Gelb mit Absichtserklärungen und in die Zukunft verlegten Einsparzielen verwässere, sagte Rolf Hempelmann. Es sei zwar von einem Aktionsplan die Rede, doch ein Gesamtkonzept gebe es nicht, beklagte Wolfgang Tiefensee.

Kritik von vielen Seiten

Auch bei den Bundesländern besteht Unmut gegen den Regierungsbeschluss. CDU-regierte Länder Ostdeutschlands kündigten bereits an, die Vorlage im Bundesrat aufzuhalten und den Vermittlungsausschuss anzurufen. Und auch in den Reihen der Koalitionsfraktionen wurde bereits Veränderungsbedarf am Gesetzentwurf angemeldet.

Der Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband Solarwirtschaft sagte: „Ohne den weiteren kraftvollen Ausbau der Solarenergie ist die Energiewende zum Scheitern verurteilt.“ Der Bundestag solle dieses „Solar-Ausstiegsgesetz“ stoppen.

RECHT

Abgeordnetenbestechung bekämpfen

Skandale der Vorteilsnahme beschädigen alle politisch Verantwortlichen. Auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Integrität von Parlamentariern schwindet. Bislang ist nur der Stimmenkauf und -verkauf bei Wahlen und Abstimmungen strafbar. Das verstößt nicht nur gegen internationale Übereinkommen des Europarats und den UN, sondern auch gegen die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (Drs. 17/8613), der in dieser Woche zum ersten Mal im Bundestag beraten wurde, sieht vor, Volksvertreterinnen und Volksvertreter zu bestrafen, wenn sie einen Vorteil dafür annehmen, sich bei der Wahrnehmung ihres Mandats in einer bestimmten Weise zu verhalten. Es droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe. Auch derjenige, der den Vorteil gewährt, soll bestraft werden. Weder eine politische

Funktion noch zulässige Parteispenden sind davon betroffen. Verhaltensweisen, die parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechen, sind ebenfalls zulässig.

FRAKTION

Steinmeier: „Angela Merkels Autorität ist schwer beschädigt“

Dreimal wurden Auffassungen der Kanzlerin und der Koalition korrigiert: Bei der Wahl des Bundespräsidentenkandidaten Joachim Gauck, den Maßnahmen beim Griechenland-Hilfspaket und der fehlenden Kanzlermehrheit und beim Sondergremium des Bundestages zur Euro-Rettung. „Die Koalition ist nicht mehr beieinander“, sagte Steinmeier vor der Fraktionssitzung am vergangenen Dienstag. Gast der Sitzung war Joachim Gauck.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier sieht nach dem Abstimmungsverhalten der Koalition beim Griechenland-Hilfspaket die Autorität von Kanzlerin Merkel „schwer beschädigt“.

Vor der Fraktionssitzung las Steinmeier der Presse eine Einlassung Merkels vor, die sie seinerzeit in der „Welt“ von sich gab: „In der Opposition ist man nie verpflichtet, ein vollkommen geschlossenes Abstimmungsverhalten hinzubekommen. Als Regierung schon. Schafft man das nicht, leidet nicht nur deren Handlungsfähigkeit, sondern auch das außenpolitische Ansehen Deutschlands.“

Merkel hat ihre Kanzlermehrheit bei der Abstimmung über das zweite Hilfspaket für Griechenland nicht erreicht. Steinmeier bemerkte dazu, dass die Kanzlerin ihre Äußerung heute wohl anders sehe. So, wie sie schon sehr oft ihre Standpunkte gewechselt hat. Er sprach von einer „Erosion der Regierungsmehrheit“, die fortschreiten werde.

Dem „Tagesspiegel“ hatte er bereits zuvor gesagt: „Der Zerfall der Koalition ist in vollem Gange. Inzwischen ist die Grenze zur Handlungsunfähigkeit erreicht.“ Steinmeier dort weiter: „Wer bei der Abstimmung über eine Frage, die die Kanzlerin zur Kernfrage Europas erklärt, keine Kanzlermehrheit zusammen bekommt, dessen Machtbasis bröckelt. Nicht einmal das Kabinett folgt ihr. Es war nicht ein Außenseiter, es war der Innenminister höchstpersönlich, der die Schleusen geöffnet hat. Er hat den Abweichlern erst gutes Gewissen verschafft.“

Nach ihrer Niederlage bei der Frage des Kandidaten für das Bundespräsidentenamt folge jetzt die Aufkündigung der Gefolgschaft in der Griechenlandpolitik, sagte Steinmeier dem Blatt zufolge. „Das Vertrauen ist weg. Die Regierungsmehrheit wankt. So kann man für Deutschland und Europa keine Stabilität erreichen.“

Dreimal sei insgesamt nun in kurzer Zeit die Auffassung Merkels und der Koalition korrigiert worden: bei Joachim Gauck, bei der fehlenden Kanzlermehrheit und nun beim Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das das Sondergremium des Bundestages zur Euro-Rettung als weitgehend illegal einstufte. Steinmeier brachte es auf den Punkt: „Es läuft nicht rund für diese Regierung“.

Am Dienstagnachmittag besuchte der künftige Bundespräsident Joachim Gauck (parteilos) die Fraktion. Steinmeier sagte, dass die Wahl Gaucks eine „gute Überlegung“ gewesen sei. „Wir mussten unsere Haltung zu ihm nicht ändern“, bemerkte er mit Blick auf CDU/CSU und FDP. Joachim Gauck wurde von der SPD-Fraktion mit langem und herzlichem Beifall begüßt und stellte sich nach einer einleitenden Rede den Fragen der Abgeordneten.

SOZIALES

Leistungen der Rentenversicherung an den demografischen Wandel anpassen

Die gesetzliche Rentenversicherung erbringt Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen. Damit wird den Auswirkungen einer Krankheit oder Behinderung auf die Erwerbsfähigkeit der Versicherten entgegengewirkt, um Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit der Versicherten oder ihr vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern.

Diese Leistungen dienen der Umsetzung des Prinzips „Rehabilitation vor Rente“. Eine Rente soll daher grundsätzlich erst gezahlt werden, wenn alle sinnvollen und zumutbaren Rehabilitationsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Ältere Versicherte haben einen höheren Bedarf an Leistungen zur Teilhabe. Demografiebedingt steigt deshalb die Nachfrage. Jedoch reichen die Finanzmittel dafür nicht aus. Sie sind bisher an die Entwicklung von Bruttolöhnen und -gehältern gekoppelt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb in ihrem Antrag (Drs. 17/8602) die Bundesregierung auf, den demographischen Wandel bei den Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe in der gesetzlichen Rentenversicherung besser zu berücksichtigen. Dazu soll sie einen Gesetzentwurf vorlegen, der gemäß des Vorschlags der Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung die demografische Entwicklung und die längere Lebensarbeitszeit in den Rentenanpassungsmechanismus einbezieht. Die Ausgaben für Rehabilitationsleistungen sollen anhand objektiver Kriterien ermittelt werden. Zudem sind bestehende Präventionsleistungen weiter zu entwickeln.

GENERATIONEN

Bundesregierung hat kein Konzept für demografischen Wandel

Die Veränderungen der Bevölkerungszahl und Bevölkerungsstruktur sind eine große Herausforderung für die Politik. Im Juni 2011 richtete die SPD-Bundestagsfraktion eine Große Anfrage an die Bundesregierung, um zu erfahren, mit welchen Handlungsperspektiven Schwarz-Gelb die Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen will.

Auf die schwarz-gelbe Antwort mussten die Sozialdemokraten ein halbes Jahr warten. Doch gelohnt hat es sich nicht. Denn herausgekommen ist eine zusammengewürfelte Auflistung von Einzelmaßnahmen und Ideen, die Widersprüchliches offenbaren. Und eines ist offenkundig: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat kein Konzept, sie verfolgt keine Strategie und keinen ressortübergreifenden Ansatz. Dies machte die SPD-Bundestagsfraktion am 1. März 2012 zur Debatte.

Für die SPD fordert der demografische Wandel mehr als den Umgang mit älteren Menschen. Es ist viel mehr die Organisation eines solidarischen Miteinanders der Generationen, die gemeinsam mit den Menschen aller Generationen zu gestalten ist. Es geht darum, wie unsere Gesellschaft damit umgeht, dass immer mehr ältere Menschen immer weniger jungen gegenüberstehen.

Schwarz-Gelb liefert Einzelmaßnahmen und Widersprüche

Innenminister Friedrich (CSU), dessen Haus innerhalb der schwarz-gelben Regierung für die Entwicklung einer ressortübergreifenden Strategie verantwortlich ist, bescheinigte das Kanzleramt, er habe „erkennbar noch keinen Zugang zum Thema Demografischer Wandel gefunden“. Das war in der „Zeit“ vom 26. Januar 2012 nachzulesen.

So scheine in den Ministerien eine Hand nicht zu wissen, was die andere tut, warf die Sprecherin der Projektgruppe Generationenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, der Regierung vor. Auf der einen Seite wolle sie mehr Frauen in den Arbeitsmarkt bringen und auf der anderen Seite halte Schwarz-Gelb mit dem unsinnigen Betreuungsgeld und dem Festhalten am Ehegattensplitting Frauen vom Arbeitsmarkt fern. Genauso verhält es sich beim Thema Zuwanderung. Die will die Regierung ausbauen, auch um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Gleichzeitig scheue sie ein Zuwanderungsgesetz wie der „Teufel das Weihwasser“, sagte die SPD-Abgeordnete. Auch den notwendigen Umbau unserer Städte nannte die Regierung in ihrer Antwort. Doch die Mittel für die Städtebauförderung und die „Soziale Stadt“ hat sie massiv gekürzt und das Programm „Altersgerecht umbauen“ auslaufen lassen.

Schwarz-Gelb ist ein Totalausfall bei der Gestaltung des demografischen Wandels

Gefragt sind aus Sicht der SPD-Fraktion langfristig angelegte, kreative und ganzheitliche Ideen für mehr erfüllte Kinderwünsche, gutes Wohnen, mehr Bildungschancen, den Arbeitsmarkt der Zukunft und für die Gesundheits- und Aktivitätsförderung. Es geht darum, mehr Miteinander und mehr Füreinander in Familien, zwischen den Generationen, in der Nachbarschaft in der Region, in Deutschland und in Europa zu organisieren. Antworten darauf suche man bei Schwarz-Gelb vergeblich – sie sei, so Bätzing-Lichtenthäler, ein Totalausfall bei der Gestaltung des demografischen Wandels.

Ein gutes Miteinander der Generationen verlangt vor allem auch ein Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen. Ulrike Gottschalk, Mitglied der SPD-Arbeitsgruppe Demografischer Wandel, verwies darauf, dass die demografische Entwicklung vor allem die Städte und Gemeinden treffe, weil sie die Verantwortung für die Daseinsvorsorge vor Ort tragen. Dabei werde die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Infrastruktur und Mobilität immer schwieriger. Hierfür sei die Unterstützung durch den Bund gefragt, doch Schwarz-Gelb schiebe den „Schwarzen Peter“ den Kommunen zu, sagte Gottschalk.

Auch eine Strategie für die Fachkräftesicherung ließe die Regierung nicht erkennen, konstatierte Katja Mast, stellvertretende arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Warme Worte – kalte Taten“, so beschrieb sie das Prinzip von Schwarz-Gelb. Spaltungen am Arbeitsmarkt würden nicht überwunden, sondern mit der Arbeitsmarktpolitik von Union und FDP noch verschärft. Perspektiven für Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschluss würden nicht aufgezeigt, stattdessen kürze die Regierung bei den Arbeitsmarktmitteln, statt in Bildung zu investieren.

SPD-Fraktion entwickelt Konzepte mit breiter Beteiligung im Zukunftsdialog

Die SPD-Bundestagsfraktion will für alle Lebensbereiche ein umfassendes fortschrittliches, soziales und demokratisches Gesellschaftsmodell. Dabei kommt es den Sozialdemokraten darauf an, den Menschen zuzuhören, deshalb entwickeln sie mit ihrem Zukunftsdialog gemeinsam mit ihnen die Richtung für Deutschlands Zukunft. Vgl.: <https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/>

GESUNDHEIT

Fraktionsübergreifende Einigung für neue Regeln zur Organspende

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier begrüßte am Freitagmittag gegenüber den Medien die fraktionsübergreifende Einigung zur Neuregelung der Organspenden in Deutschland.

12.000 Menschen würden in Deutschland dringend auf ein neues Organ warten, mit dem sie weiter leben und überleben könnten, sagte Steinmeier. Jährlich müssten 1000 Menschen sterben, weil kein geeignetes Spenderorgan zur Verfügung stehe. Im Jahr 2011 war die Zahl der Spender gegenüber 2010 um 7,4 Prozent gesunken – obwohl zwei Drittel der Deutschen nach eigenen Aussagen zu einer Organspende bereit sind.

Die Organspendenbereitschaft müsse erhöht werden, befand Steinmeier. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Appelle allein nicht ausreichen. Er freue sich darüber, dass sich nach einem Jahr der Gespräche und Verhandlungen alle Fraktionen des Bundestages einig seien, dass eine neue gesetzliche Regelung notwendig ist.

Nun werde das deutsche Transplantationsgesetz reformiert. Die Menschen sollten zu Lebzeiten entscheiden, ob sie zur Organspende bereit sind oder nicht. Die neue Regelung sehe keine Pflicht vor, doch die Menschen sollten mit Nachdruck gefragt werden.

Mit dem Gesetzentwurf würden organisatorische Verbesserungen in den Krankenhäusern auf den Weg gebracht. Die Krankenversicherungen würden verpflichtet, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären und sie regelmäßig mit der Frage nach ihrer Bereitschaft zur Organspende zu konfrontieren. Dadurch sollten sie mit Nachdruck überzeugt werden, sich zu entscheiden.

UMWELT

Endlagersuchgesetz: Entwurf und Verfahren sind untragbar – Gorleben nicht weiter erkunden

Auch der dritte Entwurf für ein Gesetz zur Endlagersuche für Atommüll aus Norbert Röttgens (CDU) Bundesumweltministerium ist aus Sicht von Ute Vogt, der SPD-Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss, nicht geeignet. Bisher hat der Umweltminister das Gesetzgebungsverfahren ohne Beteiligung des Parlaments und vorbei an Bürgerinitiativen, Verbänden und Öffentlichkeit gehandhabt. Zunächst sucht er die Einigung mit den 16 Regierungschefs der Länder. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung von Bürgerinitiativen und Verbänden nach Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren.

Der vorliegende dritte Entwurf für ein Endlagersuchgesetz ist keine Basis für einen Konsens in der Endlagersuche, bescheinigt ihm Ute Vogt in einer ersten Analyse. Wenn schon im Gesetzgebungsverfahren die Öffentlichkeit außen vor gelassen werde, dann frage man sich, wie ernst es der Minister mit der öffentlichen Beteiligung meine. Es zeige sich deutlich, dass es Schwarz-Gelb und Röttgen nicht um die Suche auf einer weißen Landkarte unter enger Einbeziehung der Öffentlichkeit gehe. Die Sozialdemokraten fordern einen Neustart für die Endlagersuche inklusive Gesetzgebungsverfahren.

Folgende Mängel weist der Gesetzentwurf aus sozialdemokratischer Sicht unter anderem auf:

- Die Öffentlichkeitsbeteiligung bleibt unzureichend.
- Gorleben soll weiterhin Referenzstandort bleiben.
- Die Kostenfrage bleibt offen, was bedeutet, dass der Bund und damit die Steuerzahler dafür geradestehen sollen.
- Das Bundesinstitut soll weiterhin allein zuständig sein und gegenüber Parlament und Öffentlichkeit nur eine „Rechenschaftspflicht“ haben.
- Weiterhin ist eine Ethikkommission vorgesehen.
- Die Erkundung soll bergrechtlich realisiert werden. Dabei bleiben die atomrechtlichen Schutzziele außen vor.

Die Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion liegen schon lange auf dem Tisch:

- Sofortiger Erkundungs- und Baustopp in Gorleben.
- Präzise Regelungen zu einer umfassenden Bürgerbeteiligung.
- Keine Verlagerung von Kompetenzen an Ethikkommissionen oder ein zusätzliches Bundesinstitut.
- Die Finanzierung der Endlagerung übernimmt nicht der Staat, sondern übernehmen die Betreiber (Verursacher).

TOURISMUS

Menschenrechte im Tourismus schützen – SPD fordert verbindliche Regelungen

Nächste Woche beginnt in Berlin die weltgrößte Tourismusmesse ITB. Die Messe unterstreicht einmal mehr die Bedeutung des Wirtschaftszweiges Tourismus. Für viele Länder, darunter auch viele Entwicklungsländer, ist er ein ökonomischer Schlüsselfaktor, der auch zur Armutsminderung in den Ländern beitragen kann. Aber gerade in diesen Ländern profitieren nicht alle davon: In der Tourismuswirtschaft werden auch Menschenrechte verletzt. Die SPD fordert daher in ihrem Antrag (Drs. 17/6458) verbindliche Regelungen für die Tourismuswirtschaft.

Wenn in der Tourismuswirtschaft Menschenrechte verletzt werden, handelt es sich vor allem um ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, Prostitution, Frauen- und Kinderhandel, Zwangsenteignungen und Verletzungen des Rechts auf Nahrung und Wasser. So wird Menschen der Zugang zu Land oder Fischereigründen verwehrt. Das in vielen Ländern knappe Wasser wird dort in großen Mengen für Hotelanlagen und Golfplätze genutzt, während es für die heimische Bevölkerung rationiert wird.

Rahmenbedingungen im Tourismus müssen stimmen

In ihrem Antrag fordert die SPD verbindliche Regelungen für die Tourismuswirtschaft und nicht bloß selbstverpflichtende und freiwillige Verhaltenskodices, wie es die Bundesregierung in ihrem Antrag formuliert. Tourismusunternehmen sollen bei der Einhaltung der Menschenrechte unterstützt werden, zudem muss aber auch die Sorgfaltspflicht von Unternehmen verankert und durch Sanktionsmechanismen ergänzt werden. Und damit auch Reisende ihre Reiseangebote entsprechend nach deren sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Verantwortung überprüfen können, fordert die SPD eine unabhängige Zertifizierung der Angebote. Auch die Tourismuswirtschaft hat inzwischen die Relevanz des Themas erkannt: Einer der Schwerpunkte auf der ITB wird in diesem Jahr die menschenrechtliche und soziale Verantwortung von Tourismusunternehmen sein.

WIRTSCHAFT

Ausschreibung von Dienstleistungskonzessionen verhindern

Dienstleistungskonzessionen sind bisher vom europäischen Vergaberecht ausgenommen. Das sichert die Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Daseinsvorsorge. Die Europäische Kommission und der Europäische Rat wollen nun eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen einführen. Davon sind insbesondere kommunale Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Rettungsdienste betroffen.

Die Richtlinie verletzt die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Daher fordert die SPD in einem Antrag den Bundestag dazu auf, zur europäischen Richtlinie über die Konzessionsvergabe Stellung zu nehmen. Die bisherige Rechtsetzung soll beibehalten werden. Einer möglichen Änderung muss eine rechtliche Folgenabschätzung für Kommunen, Markt und Verbraucher vorangehen.

AUSSEN

Polizei in Friedensmissionen stärken

Polizeimissionen sind ein zentraler Bestandteil internationaler Friedensmissionen. Obwohl ihre Bedeutung steigt, nimmt die Zahl der von Deutschland entsandten Polizistinnen und Polizisten ab. In dem Antrag (Drs. 17/8603), der in dieser Woche in den Bundestag eingebracht wurde, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung daher auf, eine umfassende Bund-Länder-Vereinbarung zu schließen. Sie soll die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen und seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Polizeikräften gerecht wird.

Zudem ist in Abstimmung mit den Bundesländern ein nationales Führungszentrum einzurichten. Der Bundestag muss besser in die Entsendung von Polizistinnen und Polizisten eingebunden werden. Auf internationaler Ebene soll die Bundesregierung sich für konkrete Zielvorgaben und Aufgabenbereiche internationaler Polizeimissionen einsetzen.

Neben einer zahlenmäßigen Aufstockung der für Auslandseinsätze zur Verfügung stehenden Beamten ist auch eine vermehrte Entsendung verschiedenster Spezialisten, etwa Polizeiausbilder, aber auch Forensiker und Spezialisten für Datensicherheit oder organisierte Kriminalität, erforderlich.

Generell muss dem Antrag zufolge die Bundesregierung für geeignete Anreiz- und Anerkennungsstrukturen sorgen, die über finanzielle Anreize hinausgehen und die Lebenswirklichkeit der Polizistinnen und Polizisten stärker berücksichtigen und verlässliche Anschlussverwendungen ermöglichen.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>